



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Gute Arbeit und faire Löhne mit Tarifbindung in Schleswig-Holstein stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass für die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen Tarifverträge eine große Bedeutung haben, für gute Arbeit und faire Löhne sorgen sowie zu mehr Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern beitragen.

Der Schleswig-Holstein Landtag nimmt besorgt zur Kenntnis, dass die Tarifbindung in Schleswig-Holstein stetig zurückgegangen ist. Im Jahr 2019 arbeitete nur noch die Hälfte aller Beschäftigten in Schleswig-Holstein in einem Unternehmen mit Tarifvertrag. Lediglich 25 Prozent aller Betriebe in Schleswig-Holstein waren noch tarifgebunden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für eine Stärkung der Tarifbindung in Schleswig-Holstein einzusetzen, in dem

- öffentliche Aufträge und öffentliche Fördergelder nur an Unternehmen mit Tarifverträgen bzw. an Unternehmen, die analog den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes oder ortsübliche Tarife anwenden, vergeben werden;
- ein wirksames Tariftreue- und Vergaberecht für Schleswig-Holstein wiederhergestellt wird und
- die Entwicklung wirksamer Tariftreueregelungen auf Bundesebene unterstützt werden.

Der Schleswig-Holstein Landtag begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, die Tarifbindung zu stärken und die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche zu binden. Der Schleswig-Holsteinische unterstützt das Engagement der Bundesregierung für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege.

Der Schleswig-Holstein Landtag begrüßt zudem ausdrücklich die Initiative von Bundesarbeitsminister Huberts Heil und der Bundesregierung in einem einmaligen, von den Vorgaben der sogenannten Mindestlohnkommission losgelösten Schritt den Mindestlohn noch in diesem Jahr auf 12 € anzuheben.

Der Schleswig-Holstein Landtag fordert die Landesregierung auf, jeden Einsatz für einen armutsfesten und sozial gerechten Mindestlohn im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu unterstützen.

Begründung:

Es müssen wieder deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Tarifverträgen profitieren und unter den Schutz von Tarifverträgen fallen. Tarifverträge regeln Entgelte, Arbeitszeiten, betriebliche Altersversorgung, Beschäftigungssicherung, Aus- und Weiterbildung und vieles mehr. Beschäftigte in Betrieben mit Tarifvertrag haben mehr Urlaubstage, kürzere und geregelte Arbeitszeiten und erhalten in der Regel Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Tarifverträge tragen zu mehr Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern bei.

Tarifverträge sind auch für Arbeitgeber\*innen wichtig und sinnvoll. Ein gutes Betriebsklima, zufriedene und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für jedes Unternehmen ein Gewinn. Und vor allem Flächentarifverträge sorgen für fairen Wettbewerb und verhindern Dumpinglöhne.

Neben guten Tariflöhnen verringert ein erhöhter Mindestlohn das Armutsrisiko wirksam, stärkt die gesellschaftliche Teilhabe und trägt zu einer besseren Alterssicherung bei. Gleichzeitig trägt ein gestärkter Mindestlohn dazu bei, das Wirtschaftswachstum spürbar zu fördern. Da Frauen doppelt so oft wie Männer im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, leistet eine Anhebung des Mindestlohns einen wichtigen Beitrag zu mehr Chancengleichheit in der Arbeitswelt und zu mehr Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

Wolfgang Baasch

Thomas Hölck

und Fraktion